

abends

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion, Dresden, K. 16, Goldschmidtstraße 46

Wagnerspreis: Ausgabe A mit illust. Beilage vierteljährlich 2.50 M.

Manuskript: Manuskript von Verfassern bis 10 Uhr, von Korrekturen bis 11 Uhr vorm.

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen.

Organ der Zentrumspartei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feterabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Gebt uns unsere Gefangenen wieder!

Hirtenschreiben der hochwürdigsten Herren Bischöfe der Fuldaer Konferenz.

Geliebte Diözesanen!

Als die deutschen Bischöfe gleich zu Beginn des Krieges in Paderborn eine Zentralstelle für Gefangenensorge, die sogenannte „Kirchliche Kriegshilfe“, einrichteten, geschah das aus dem Grunde, allen Gefangenen, zumal auch den Glaubensbrüdern, den christlichen Viehesdienst geistiger und leiblicher Unterstützung zuwenden zu können.

Geliebte Diözesanen! Der Krieg ist freilich beendet, unsere Fronttruppen haben Heimkehr gehalten. Aber ihr wißt es alle, in vielen, vielen Familien brennt noch die heiße Sehnsucht: unsere Gefangenen sind noch nicht zurückgekehrt.

Die katholische Kirche und die Zwickauer Thesen.

Von Pfarrer Grohmann in Seitendorf.

Bisher betrachteten wir Katholiken die Zwickauer Thesen und den Streit um sie als eine häusliche Angelegenheit der evangelisch-lutherischen Konfession und hielten es für unnötig, dazu Stellung zu nehmen.

Die Zwickauer Thesen sind geboren aus dem Geiste der Denkmäler der Gottheit unseres Herrn und Heilandes Jesu Christi. Darum muß die katholische Kirche diese Thesen mit aller Entschiedenheit ablehnen.

gefangene weilen: Um der Liebe Christi willen: Höret auf unsere Stimme, die wir im Namen der Menschlichkeit und der Nächstenliebe laut und feierlich erheben: Gebt uns unsere Gefangenen wieder!

Liebe Diözesanen! Wir aber wollen nicht aufhören in unserer Liebe und Sorge für die Gefangenen, bis ihnen die ersehnte Stunde der Heimkehr schlägt. Sie sollen es wissen, daß wir alle, ihr mit uns, gerade jetzt, in dieser für uns schwersten Zeit, zu ihren Gunsten und für die Besserung ihrer Lage eintreten mit aller Kraft.

Gegeben im Februar 1919.

- Felix Kardinal von Hartmann, Erzbischof von Köln. † Thomas, Erzbischof von Freiburg. † Edmund, Erzbischof von Gnesen und Posen.

solchen Leuten, die den zweiten Glaubensartikel und damit auch den dritten, den vierten, den fünften, den sechsten und den siebenten zum alten Eisen geworfen haben.

Uebrigens ist es ganz zwecklos, mit uns über dogmenlosen Religionsunterricht zu verhandeln. Uns Katholiken ist Religion unser Verhältnis zu dem persönlichen Gott auf Grund der göttlichen Offenbarung, die wir als ewig gültige, unveränderliche Wahrheit gläubig hinhinnehmen.

und ihm vom lieben Gott erzählt, spricht ein Dogma aus, die Lehre nämlich, daß es einen Gott gibt. — Also ist dogmenloser Religionsunterricht ein Kontrast, eine Contradictio in adjecto, ein Meßer ohne seltige, von dem auch kein Griff ist.

Ueber die in den Zwickauer Thesen enthaltenen widerchristlichen Anschauungen ist schon genug geschrieben worden. Nur das eine möchte ich zum Schluß bemerken: Wir Katholiken empfangen die religiöse Belehrung aus dem Munde der katholischen Kirche und jede religiöse Unterweisung steht unter ihrer Aufsicht.

Heber die in den Zwickauer Thesen enthaltenen widerchristlichen Anschauungen ist schon genug geschrieben worden. Nur das eine möchte ich zum Schluß bemerken: Wir Katholiken empfangen die religiöse Belehrung aus dem Munde der katholischen Kirche und jede religiöse Unterweisung steht unter ihrer Aufsicht.

Deutsches Reich

Das neue Kabinett.

- Ministerpräsident: Scheidemann (Soz.), Reichsverteidigungsamt: Noske (Soz.), Reichsjustizamt: Landsberg (Soz.), Reichswirtschaftsamt: Wiffel (Soz.), Reichsarbeitsamt: Bauer (Soz.), Reichsamt des Innern: Dr. Preuß (Demokrat), Reichsamt des Aeußern: v. Brockdorff-Aunson (wird den Demokraten zugezählt).

Staatssekretär Schiffer erhält die Stellvertretung für den Ministerpräsidenten.

Als Staatssekretäre ohne Portefeuille werden Dr. David, August Müller und Erzberger genannt. Von den Unterstaatssekretären wird genannt v. Richthofen als Unterstaatssekretär für die Kolonien im Auswärtigen Amt.

Das Arbeitsprogramm des neuen Kabinetts.

- 1. Annen-Politik. 1. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung ist der alleinige Träger der Reichsgewalt. 2. Festigung der Einheit des Reiches durch eine starke Zentralgewalt. Einheitsliche Führung der Außenpolitik einschließlich der auswärtigen Wirtschaftspolitik.

3. Gleichstellung von Mann und Frau im öffentlichen Dienst.

4. Jedem Kinde muß ohne Rücksicht auf die elterlichen Vermögensverhältnisse der Zugang zu den höchsten Ausbildungsstufen gemäß seiner Befähigung ermöglicht werden.

5. Schaffung eines auf der allgemeinen Wehrpflicht und demokratischen Grundfragen aufgebauten Volksherees. Jeder Truppenteil wählt einen Vertrauensausschuß. Entlassung auch des Jahrgangs 99. Auflösung der Behörden, die nur für den Krieg geschaffen waren und Ueberführung der technischen Institute und Bekleidungsämter in den zivilen Betrieb. Fürsorge für die aktiven Offiziere und Unteroffiziere.

6. Ausreichende Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten.

7. Schaffung gemeinsamer Grundlagen für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens.

8. Rationierung und Höchstpreise werden aufrecht erhalten für die notwendigen Lebensmittel. Die Einfuhr wird nur insoweit beschränkt, als es mit Rücksicht auf unsere Finanzverhältnisse notwendig ist.

9. Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstande einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben und dadurch zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit (Sozialisierung) reif geworden sind, sind auf Reich, Staat, Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen; besonders sind die Bergwerke und die Erzeugung von Energie der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen oder in öffentliche Bewirtschaftung zu übernehmen.

10. Koalitionsfreiheit.

11. Sozialpolitische Maßnahmen: Verbesserung der Volksgesundheit, Wohnungsfürsorge, Arbeitsnachweise.

12. Auch den Beamten stehen die Koalitionsrechte zu. Die Neuregelung der Befoldungs- und Pensionsverhältnisse ist durchzuführen.

13. Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

14. Verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne. Erhebung einer Mehreinkommensteuer. Heranziehung der Vermögen unter Freilassung der kleinsten Einkommensbesteuerung auf einheitlicher Grundlage. Erbschaftsbesteuerung in der Richtung der schärfsten Erfassung des Grundbesitzes.

15. Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen.

II. Außen-Politik.

1. Herbeiführung des sofortigen Friedens nach den Grundfragen Wilsons. Ablehnung jedes Gewaltfriedens.

2. Wiederherbeiführung des deutschen Kolonialgebietes.

3. Sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen.

4. Schaffung des Völkerbundes und Abrüstung mit obligatorischen Schiedsgerichten unter Abschaffung der Kriege.

Die Kreditvorlage vom Staatenausschuß angenommen.

Weimar, 12. Februar. Der Staatenausschuß hielt gestern seine erste Sitzung nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung ab. Die Sitzung begann mit einer Kundgebung zugunsten der Reichseinheit. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß Reich und Bundesstaaten jetzt und für die Zukunft unbedingt aufeinander angewiesen seien, und daß daher auch die Verhandlungen des Staatenausschusses vom Geiste der Eintracht getragen sein müßten. Nach einer längeren Rede des Staatssekretärs Schiffer wurde dann als erste Vorlage die 25-Milliarden-Kreditvorlage einstimmig angenommen.

Die Presse beim Reichspräsidenten.

Weimar, 12. Februar. Der Reichspräsident Ebert empfing heute nachmittag 4 Uhr im Foyer des Nationaltheaters zu Weimar die Vertreter der deutschen und deutschösterreichischen Presse, um gleich beim Antritt seines neuen Amtes persönlich mit ihnen in Fühlung zu treten. Er hielt eine kurze Ansprache, in der er folgendes ausführte:

Der erste Tag meines Amtes soll auch der Tag sein, an dem ich mit der deutschen Presse Fühlung nehme. Sie wissen, ich war ebenfalls Redakteur. Ich kenne aus eigener Erfahrung Ihre Aufgaben und Pflichten, Ihre Schwierigkeiten und Anstrengungen. Von mir können Sie jeder Unterstützung sicher sein. Ich freue mich, daß mir ein Amt zugefallen ist, unter dessen vornehmsten Aufgaben die Wahrung der Pressefreiheit obenansteht. Unter den hier versammelten Herren sind alle Parteirichtungen vertreten. Es ist meine Aufgabe und das Erfordernis meines Amtes, mit Ihnen allen in Beziehung zu treten ohne Rücksicht auf ihre politische Parteizugehörigkeit. Sehen Sie bitte darin ein Zeichen für die Art, wie ich das Präsidentenamt verwalten will. Nicht eine Partei, sondern die große Mehrheit eines großen Volkes hat mich erwählt und kann daher auch von mir verlangen, daß ich der Präsident des Volkes und nicht einer Partei bin. Ich glaube, wir alle, die wir im öffentlichen Leben politisch tätig sind, haben zu einem gewissen Teil diese Pflicht, uns nicht als Vertreter nur eines Teiles, sondern als Vertreter des ganzen Volkes zu fühlen. Der einzelne kann nur gedeihen, wenn das Allgemeine gedeiht, und Parteideale lassen sich nur durchführen und dürfen nur durchzuführen werden, wenn sie der Ansicht und dem Wohle des Ganzen entsprechen. Zur Demokratie gehört auch der Respekt vor einer anderen Ansicht, der dem Parteikampf feste Grenzen ziehen muß. Die große Mehrheit von Ihnen gehört ja den Parteien an oder steht ihnen nahe, aus denen sich die neue Regierung bilden wird. Die anderen Herren bitte ich, in unseren Taten nicht nur das Trennende, sondern auch das Gemeinsame sehen zu wollen und bei mir

das vorauszusetzen, was ich auch bei Ihnen voraussetzen will: Eine tiefsterne Auffassung von der Pflicht zum Vaterlande.

Zwei Aufgaben hat die neue Regierung vor allen anderen: den Frieden zu schließen und die Verfassung zu beschließen. Beides muß geschehen im Zeichen der Gerechtigkeit, Gerechtigkeit nach außen und nach innen für Deutschland gegenüber unseren bisherigen Gegnern, für jeden unserer Volksgenossen gegenüber bisheriger Bedrückung und Unfreiheit. Das Arbeitsprogramm, auf Grund dessen die neue Regierung diese zwei Aufgaben lösen wird, wird der Ministerpräsident morgen vertreten. Ich will heute nur eines dazu sagen: Es ist kein Kompromißprogramm im schlechten Sinne. Alle drei Parteien, die daran mitgearbeitet haben, haben sich rückhaltlos auf den Boden unverfälschter und unverfälschter Demokratie gestellt. Wir können heute sagen: Die Demokratie ist für Deutschland in einem Umfange gesichert, wie für kein anderes Land. Bei weiterer ausschlaggebender Beteiligung an Regierung und Programm können Sie sich denken, daß auch unsere sozialistischen Ideale die Programmausstellung wesentlich beeinflusst haben. Allerdings als wahrhafte Demokraten haben wir nicht daran gedacht, andere Ansichten und Auffassungen zu verewaltigen, aber wir haben es ermöglicht, daß eine vollkommene Uebereinstimmung erzielt wurde über die Art, wie die Sozialisierung anzubahnen sei. Danach sollen Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsgang einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben und dadurch zur Sozialisierung reif geworden sind, auf Reich, Staat, Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen werden, besonders erwähnt die Bergwerke und die Erzeugung von Energie. Sie sehen, daß die sozialdemokratische Partei ihren Idealen nicht untreu werden kann, aber sie lehnt es in echt marxistischer Weise ab, ein Vergewaltigungsprinzip des Wirtschaftslebens an die Stelle des Prinzips des organischen Wachstums zu setzen. Als die Zeit für die Demokratie reif war, ist das demokratische Deutschland entstanden, nun muß die Zeit für den Sozialismus reif werden, und bis dorthin der sozialistische Gedanke alle Handlungen jeder Regierung bestimmen.

Meine Herren! Die Regierungsorgane, welche mit den Herren von der Presse zu tun haben, sind angewiesen, diese ihre Arbeit im verständnisvollsten Sinne zu leisten, in einem Sinne, der nichts zu tun hat mit Beeinflussung, sondern geeignet ist, die Mitarbeit der Presse anzurufen. Ich würde mich freuen, wenn ich dabei Ihre Zustimmung fände, daß die Freiheit der Presse, ihre Kritik, ihre Mitarbeit, ihre Anregungen und ihre Vorschläge wie allem im heutigen Deutschland jeder Beschränkung entbunden sein soll, eine notwendige Fortsetzung unserer Arbeit in der Regierung bilden und uns Tag für Tag in lebendigem Zusammenhang mit Volksmeinung und Volkswillen setzen muß.

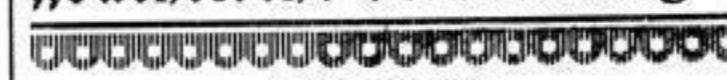


1700 neue Abonnenten!

Das ist die Bilanz der letzten Wochen.

Rasten heißt rosten!

Parteifreunde! Werbet weiter für die „Sächsische Volkszeitung“!



Die Lage im Osten.

Landsberg a. d. Warthe, 12. Februar. Der Ausschuß der Eisenbahnbeamtenchaft der Eisenbahndirektion Bromberg hat an den Arbeitsminister, den Kriegsminister, die Nationalversammlung, die Oberste Heeresleitung und an das Oberkommando Süd Telegramme gesandt, in denen er darüber Beschwerde führt, daß der Schutz in der Ostmark und insbesondere im Eisenbahndirektionsbezirk Bromberg völlig unzureichend sei. Der Ausschuß erbittet schnelle und ausreichende militärische Hilfe. Das Telegramm schließt wörtlich: „Nicht bis zum 15. Februar nichts Ausreichendes zum Schutze des ostmärkischen Deutschland geschehen. So legt mit Ablauf dieser Frist die gesamte Eisenbahnbeamtenchaft, die sich der Folgen wohl bewußt ist, die Artkel nieder.“

Glogau, 12. Februar. Das Generalkommando des 5. Armeekorps teilt mit: Abschnitt Trachenberg-Rawitsch: Die Beute aus den Kämpfen östlich von Rawitsch am 10. d. M. beträgt 59 Gefangene, 5 Maschinengewehre, einiges Material. Der Feind ließ allein 25 Tote auf dem Schlachtfelde.

Abchnitt Suhrau: Unsere Artillerie besetzte den feindlichen Truppennecker bei Punitz mit Störungsfeuer. Abschnitt Järlitzau: Heute bei Tagesanbruch gelassen brandenburgische und schlesische Regimenter nach kurzer Artillerievorbereitung zwischen Unruhstätt und Bentzchen an. Die Stadt Bomst wurde nach zäher feindlicher Gegenwehr genommen. Der Angriff ist in gutem Fortschreiten. Unruhstätt und Schloß Reudorf sind bereits besetzt. Die Verluste der Polen sollen außerordentlich hoch sein, die der Regierungstruppen dagegen nur gering. In Järlitzau wurden an 60 gefangene Polen eingebracht, unter ihnen einige in den Garnisonen der hiesigen Gegend bekannte Persönlichkeiten.

Hindenburg in Kolberg.

Kassel, 12. Februar. Generalfeldmarschall v. Hindenburg und die Oberste Heeresleitung sind gestern im Sonderzuge nach Kolberg abgereist. Hindenburg übernimmt dort die militärische Leitung der Operationen im Grenzschutz Ost und gegen die Polen.

Danzig, 12. Februar. Aus Bromberg wird gemeldet: Die Polen, die im Südwesten 10 Kilometer vor Bromberg standen, haben ihre Linie zurückgenommen. Deutsche Verstärkungen sind seit gestern im gefährdeten Gebiet Bromberg-Thorn eingetroffen.

Radek verhaftet.

Radek ist in Berlin verhaftet worden und befindet sich in sichere(r) Gewahrsam. Zur Verhaftung Radeks wird in den Blättern mitgeteilt, daß dieser die Sache des Bolschewismus in Deutschland noch lange nicht verloren gab. Im März etwa sollten nach gründlicher Vorbereitung partakistische Putzche nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich losbrechen, während gleichzeitig das russische bolschewistische Heer gegen die deutsche Ostgrenze vorstoßen sollte.

Schwere Unruhen im Ruhrrevier.

Duisburg, 12. Februar. Große Ausschreitungen ereigneten sich heute nachmittag in Duisburg, wo eine 5000köpfige Menge gegen den Beschluß der Stadtverordneten, eine fünfte Vierteljahrssatzung zu erheben, demonstrierte. Der Bürgermeister, der vom Balkon des Rathauses eine Ansprache an die Menge richten wollte, ebenso wie der Führer der Duisburger Kommunistenpartei wurden niedergeschrien. Dann drangen die Demonstranten in das Rathaus ein, holten unter Mißhandlungen den Oberbürgermeister und den Bureaudirektor heraus und zwangen beide, im Zuge mitzugehen und abwechselnd eine mitgeführte rote Fahne zu tragen. Später wurden die Beamten wieder freigelassen. Abordnungen der Demonstranten drangen in die Cafés, wiesen die Gäste hinaus und erzwangen die Schließung der Lokale. Den Straßenbahnführern wurden die Kurbellen fortgenommen, so daß der Straßenbahnverkehr auf einige Stunden zum Stillstand kam. In den Abendstunden kamen einige Minderungen vor. Die Gerichtsgefängnisse wurden gleichfalls von den Demonstranten geöffnet. Sämtliche Inassen wurden freigelassen.

Ausschreitungen in Breslau.

Breslau, 12. Februar. In der zweiten Nachmittagsstunde versuchte heute ein Trupp Arbeitloser in das Untersuchungsgefängnis einzudringen, um die dort befindlichen Gefangenen zu befreien. Die Sicherheitswache trat den Aufstrebenden entgegen und es kam zu einem regelrechten Kampfe, in dessen Verlauf auch mit Maschinengewehren geschossen wurde. Bei dem Zusammenstoß gab es mehrere Tote und Verwundete.

Neue Schießereien in Berlin.

Berlin, 12. Februar. In der vergangenen Nacht zwischen 12 und 2 Uhr griffen Spartakusleute die Posten des Zeitungsquartiers, insbesondere die Befestigungen von Ullstein, Wölfe, „Tägl. Rundschau“ und „Vorwärts“ an. Am der Ecke Koch- und Charlottenstraße, Ecke Zimmer- und Friedrichstraße, und in der Lindenstraße fielen von Seiten der Spartakiden Revolvergeschosse, Handgranaten wurden geworfen. Wie gewöhnlich, hatten sich die Spartakiden auf den Dächern festgesetzt. Durch Eingreifen der republikanischen Schutztruppe im Zeitungsquartier wurden die Spartakiden vertrieben und die Ruhe wiederhergestellt. Ein Absuchen der Dächer unter Abschießen von Leuchttrakteten blieb erfolglos.

Ausstände in den Berliner Kaufhäusern.

Berlin, 12. Februar. Seit einigen Wochen streben die die in den großen Berliner Warenhäusern und Spezialgeschäften angestellten Hausdiener und Packer Lohnverbesserungen an. Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts hatte einen Schiedsspruch gefällt, den die Arbeitgeber angenommen, die Angestellten jedoch abgelehnt haben. Diese wünschten neue Verhandlungen. Da dies abgelehnt wurde, sind sie heute früh in den Streik getreten. Alle großen Kaufhäuser, wie Wertheim und Tieb, sowie auch die großen Spezialgeschäfte, wie Grünfeld und Jordan, sind heute geschlossen.

Zwangsmassnahmen gegen landesverräterische Soldatenräte.

Weimar, 12. Februar. Gegen die Soldatenräte des Reiches, die den Widerstand gegen die Bildung von Freiwilligen-Regimenten für den Grenzschutz Osten ausbremsen wollen, sind militärische Zwangsmassnahmen eingeleitet worden. Ein Fortbestehen dieser ihre Kompetenzen überschreitenden Soldatenräte wird nicht über den 28. Februar hinaus geduldet werden.

Aus dem Ausland

Der italienische Wilderraub in Den schäferreich.

Wien, 12. Februar. Heute begann die Auslieferung von 64 Bildern, die von der italienischen Regierung unter der Drohung der Einstellung der Lebensmitteltransporte gefordert wurden. Zunächst wurden die Bilder aus dem kunsthistorischen Museum hinweggeführt. Die zusammen besitzgen einen Gesamtwert von 8 Millionen Kronen. Vier von den geforderten Bildern befinden sich im Schlosse Laxenburg, eins in Edartsau, wo sich gegenwärtig die Familie des ehemaligen Kaisers aufhält. Aus der Wiener Hofbibliothek wurden trotz Protestes wertvolle Handschriften und Kodex weggeführt. Die Blätter beklagen sich über diese Wegführung in schmerzlichen Worten. Staatsnotar Dr. phil. Westarp ist der Ansicht, daß es sich um einen Eingriff in Privateigentum handle, da die Gemälde entweder Eigentum des Familienfideikommisses der Habsburg Lothringer oder direktes Privateigentum des gewesenen Kaisers seien. An die Entente und an Wilson sind Proteste abgegangen. Nach Aeußerungen des Präsidenten der Uebernahmekommission besteht die Absicht, noch andere Kunstschätze zu entführen.

Baldige Friedenspräliminarien?

In seiner Thronrede sagte König Georg von England: „Ich erwarte, daß die Friedenspräliminarien unterzeichnet werden, ehe die Session noch sehr weit vorgeschritten ist.“

Aus Stadt und Land

Dresden, 13. Februar 1919
Die Sozialisierung in Sachsen.

Der Vollzugsrat (Zentralrat) des Landes- u. u. S. Nat des Freistaates Sachsen hat, wie gemeldet, eine Denkschrift ausgearbeitet, die der Regierung überreicht und worin sie ersucht wird, der verfassunggebenden Volkskammer sogleich nach ihrem Zusammentritt ein System von Gesetzentwürfen über die Sozialisierung der gesamten sächsischen Volkswirtschaft vorzulegen. Als Mittel zur Durchführung wird die Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes für das gesamte Gebiet der Republik Sachsen gefordert. Aufgabe dieses Amtes sei es, zunächst eine Uebersicht über die produktiven Kräfte des Landes und die Bewegung der Rohstoffe, Energien und Produkte zu schaffen. Die Durchführung des Planes müsse dadurch gewährleistet werden, daß das Zentralwirtschaftsamte ertens bevollmächtigt wird, die von der Volksvertretung beschlossenen wirtschaftlichen Maßnahmen bei den ausführenden Betrieben aller Art im Rahmen der Reichsgesetze zu erzwingen; zweitens instand gesetzt wird, die von ihm angeordneten Wirtschaftsmassnahmen in weitgehendem Maße durch eigene Beamte oder Vertrauensmänner in ihrer Durchführung zu kontrollieren; drittens sich eine regelmäßige territorial und sachlich gegliederte Berichtserstattung einrichten kann, die ihr einen Uebersicht über die letzten Ergebnisse und Folgen der Durchführung des Wirtschaftsplanes in bezug auf einzelne Fragen und Gebiete ermöglicht. Das Arbeitsgebiet dieses Amtes soll zunächst bestehen in der Ausarbeitung und Ausführung folgender Gesetze, die der Volkskammer zur Genehmigung zu unterbreiten wären: 1. Gesetz über Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes; 2. über dessen Befugnisse, statistische Erhebungen zu veranlassen oder zu beeinflussen und Enquêtes und Erhebungen durchzuführen zu lassen; 3. Gesetz über allgemeine Auskunftsspflicht gegenüber dem Zentralwirtschaftsamte; 4. Allgemeines Arbeitspflichtgesetz für alle Sachsen; 5. Gesetz, das jedem Sachsen eine Mindestmenge von Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildung und Vergnügen sichert; 6. Gesetz über Erforschung und Durchführung der Betriebs- und Arbeitsrationalisierung; 7. Gesetz über Zwangsorganisationen; der Erzeuger und staatliche Beaufsichtigung ihrer Organisationen; 8. Gesetz über staatlich beaufsichtigte Zwangsartelle; 9. Gesetz über gewerkschaftliche Zwangsorganisation; weiter Gesetze über Zwangsorganisation der Verbraucher, die Enteignung des städtischen Grund und Bodens, des ländlichen Grund und Bodens, Enteignung der Forsten, Enteignung industrieller Betriebe (Zement, Zuder, Bausteine, Kohlasserzeugung, Erzeugung von Roheisen und Halbzeug aus Eisen, Zeitung- und Papapapierherzeugung, künstliche Düngemittel, Verkehrsmittel), Gesetze über Enteignung der Verkehrsbetriebe, des Gasthofs- und Gastwirtschaftsgewerbes, über Zusammenlegung von Betrieben, Verpflichtung zur öffentlichen Rechnungslegung für nicht verstaatlichte Betriebe, Lohnzuschläge für überdurchschnittlich wertvolle Leistungen, Aufsicht der Entschädigung bei Enteignungen und über den Kompensationsverkehr mit nichtsächsischen Wirtschaftsgebieten.

Der Zentrumsieg in Seitendorf.

Seitendorf. Der vorige Sonntag bedeutete ohne Zweifel den Höhepunkt im politischen Gemeindeleben während der letzten Monate. Bei den Wahlen zum Gemeinderat mußte es sich entscheiden, ob das Zentrum oder die Sozialdemokraten die Mehrheit erhalten sollten. Unser Aufklärung begann schon im November, zuerst im Volksverein, später in öffentlichen Versammlungen des Zentrumsvereins. Hier gab es jedesmal rege Debatten. In der Voraussetzung, daß nun die Stunde für die liberale Lehrerschaft geschlagen habe, entfaltete der hiesige protestantische Lehrer Thieme eine eifrige Tätigkeit, um die Seitendorfer für die Forderungen des Sächsischen Lehrervereins nach der religiösen Einheitschule und ihrem dogmenlosen Religionsunterricht zu begeistern. Man muß den Eifer dieses Mannes anerkennen, der trotz häufiger scharfer Abweihung durch die Herren Oberlehrer Bernet, Pfarrer Müller-Reichenau, Pfarrer Grohmann und Kaplan Köhler immer wieder die Segnungen des dogmenlosen Religionsunterrichtes anpries und sich auch nicht scheute, sich in der großen Zentrumsversammlung in Jittau eine würdige Abfuhr zu holen. Auch die Sozialdemokraten waren nicht untätig geblieben und fanden leider an einem katholischen Lehrer einen Verfechter ihrer Ideen. So war es bei uns nicht möglich, daß Katholiken und Protestanten sich zu einem gemeinsamen Protest gegen die Maßnahmen des Kultusministers Bund zusammenfanden. Mit dem Wahlergebnis vom 19. Januar konnten wir nach Lage der Verhältnisse zufrieden sein, 464 Zentrum gegen 317 Sozialdemokraten und 72 andere Parteien. Nicht so die Sozialdemokraten. Sie entfalteten bald eine Debe gegen Zentrum und katholische Kirche. Während unsere Gegner bei der Zentrumsversammlung am 26. Januar (Redner Dr. Sille) vorgezogen hatten, fern zu bleiben, riefen sie durch Flugblatt zu einer sozialdemokratischen Versammlung am 31. Januar, in der alle möglichen Mächden gegen das Zentrum aufgetischt wurden. So kam es in Verbindung mit der geringen Wahlbeteiligung, daß unsere Zentrumsstimmen am 2. Februar auf 419 zurückgingen, während die sozialdemokratischen Stimmen auf 337 anwuchsen. Das waren nicht die besten Aussichten für die Gemeinderatswahl. Wir verlegten uns nun mehr als früher auf Kleinarbeit. Die Gegner

hielten noch zwei Versammlungen, in einer sprach Oberlehrer Pflug-Jittau über den Religionsunterricht nach den Jwidauer Thesen und am 8. Februar sprach Schneitler-Jittau vor wenig Zuhörern über Gemeindepolitik. Den letzten Trumpf spielten wir erst am Sonntag aus unmittelbar vor der Wahl in zwei scharfen Flugblättern gegen die verbundenen Listen. So begann die Wahl. Die Wahlbeteiligung war überaus stark. Von Mittag an fuhren die Schlitten bergauf und bergab und holten die Kranken und Gebrechlichen zur Wahlurne. Schon am Nachmittage las man es auf dem frohen Gesicht mancher Zentrumsmanne, daß alles klappte und der Erfolg unser war. Die Wahl ergab auf den Wahlvorschlag Altman (Zentrum) 517, Dweiser (Protestant) 99 und Geisler-Thieme (Sozialdemokraten) 243 Stimmen. So haben wir mit 7 Mitglie-dern auch weiterhin die Mehrheit im Gemeinderat, während die Protestanten mit 1 und die Sozialdemokraten mit vier Sitzen, darunter der evangelische Lehrer Thieme, vertreten sind. Nur dem Umstand, daß viele Protestanten unter Führung des Gutbesizers (!) Dweiser in Befolgung dem alten Grundbesitz: „Lieber rot als schwarz“, ihre Liebe mit dem Sozialdemokraten als mit dem Zentrum verbunden, ist es zuzuschreiben, daß nicht auch unser achter Kandidat gewählt wurde. Die Gewählten sind vom Zentrum: Landwirt Altman, Kaufmann Schuster, Gutbesitzer Brendler, Zimmermann Degwerth, Lehrer Stange, Gartenbesitzer Brendler und Bergarbeiter Linke; von den Protestanten: Gutbesitzer Dweiser; von den Sozialdemokraten: Bergarbeiter Geisler, Lagerhalter Schmidt, Lehrer Thieme und Bergarbeiter Jakob.

—* Zum Rektor der Technischen Hochschule zu Dresden für das am 1. März 1919 beginnende Rektoratsjahr wurde der ordentliche Professor Geheimer Rat Dr. Krause gewählt.

—* Für den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland. Der deutschösterreichische Volksrat für Sachsen, der in Weiskirchen allein über 20 Ortsgruppen zählt, entfaltete für den Anschluß Deutschösterreichs in den letzten Wochen eine rege Veranlungstätigkeit in fast allen größeren Orten dieses Gebietes. In den gut besuchten Versammlungen in Markneukirchen, Abers und Klingenthal sprach Herr Redakteur B. Quaiser aus Dresden.

— Die sozialdemokratische Fraktion der Volkskammer hat sich konstituiert und wählte den bisherigen Fraktionsvorstand in der Hauptsache wieder. Zu Vorsitzenden der Fraktion wurden die Genossen Sindermann und Fröhldorf ernannt. Da letzterer das Präsidium der Kammer übernehmen wird, wurde als weiterer Vorsitzender noch Genosse Wirth gewählt.

— Neue Lebensmittelkarten für Militär- und Arbeiter werden vom 16. Februar ab ausgegeben; sie haben roten Unterdruck und sind mit dem Buchstaben C versehen. Mit dem 15. März verlieren die bisher für Militär- und Arbeiter ausgegebenen Lebensmittelkarten mit braunem Unterdruck ihre Gültigkeit und dürfen von da ab nicht mehr geliefert werden.

— Zulagen für die Schwerarbeiter. Die Schwer- und Müstungsarbeitervulgen sind, wie bekannt, vom 10. Februar an aufgehoben. Hier und da haben sich bei Durchführung dieser Maßregel jedoch Schwierigkeiten ergeben. Um den daraus hervorgehenden Ungleichheiten Rechnung zu tragen, insbesondere um Unregelmäßigkeiten in der Rationierung, die bei unregelmäßigen Zuständen eintreten mühten, vorzubeugen, hat sich das Reichs Ernährungsamt mit einer Fristverlängerung bis zum 1. April für die Durchführung des Wegfalls der Zulage in den Fällen für einverstanden erklärt, in denen sich die Durchführung bislang nicht hat ermöglichen lassen. Bis zum 1. April können aber die notwendigen Organisationsmaßnahmen überall getroffen sein, so daß nach dem 1. April Zulagen nirgends mehr gewährt werden dürfen.

Ramenz, 12. Februar. Raubmord. Auf dem Wege von Bernsdorf nach Stränggräben ist auf dem sogenannten Putzsteige im Walde der 47 Jahre alte Zimmermann Gustav Moritz Dührig aus Stränggräben ermordet aufgefunden worden. Er hatte seine Arbeitsstelle in der Kohlengrube in Bernsdorf. Der Leichnam wies eine Schußwunde am Rücken auf, die von einer Militärpistolenkugel 9-Millimeter-Kaliber herührten dürfte. Es liegt unzweifelhaft ein Raubmord vor.

Burgen, 12. Februar. Zur Stadtverordnetenwahl am 9. Februar wurden von 11296 Wahlberechtigten 9046 gültige Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug 80,03 Prozent. Gewählt wurden 6 Sozialdemokraten, 2 Deutschnationalen, 2 Vertreter der Selbstbesoldeten, 2 Mehrheitssozialisten und 12 Unabhängige. Der Kandidat der Christlichen Volkspartei, Herr Fabrikbesitzer Hubert Krause, stand auf der Liste der Deutschnationalen an vierter Stelle, an vorletzter Herr Dr. Laden.

Kirche und Unterricht

Kaplan Niedhammer. Nidermalt ist auf sächsischem Boden ein Priester in die stille Welt des ewigen Friedens gegangen. Hier Priester leistete am Dienstagvormittag an der Wahre ihres Mitbruders, des hochw. Herrn Kaplans Heinrich Niedhammer. Am 7. Februar war er auf dem Schloß Stedeneichen bei Weiksen verstorben. Denn seit nahezu zwei Jahren verah er die Stelle eines Pausgeistlichen in der Freiherlichen Familie v. Wittig, im Sommer auf dem kleinen Schloß Scharfberg, im Winter auf dem bekannten Standort Stedeneichen. Ein Pfälzer war er von Geburt, aus Wachenheim in der bayerischen Rheinpfalz stammend. Vor 12 Jahre hatte er mit priesterlichem Eifer in seiner Heimat die Speyer gewirkt, besonders in der Industriestadt Ludwigshafen volle 10 Jahre

lang. Aber seine Körperkräfte vermochten bei der Fülle seiner Großthatigkeit seinem großen Seelenheil nicht standhalten. In als Sohn für seine reiche Wirksamkeit empfing er einen Schlaganfall gleich eines Tages dort durch selbige seine Hand einen Steinwurf ins Gesicht, wodurch er das rechte Auge verlor. Da seine physischen Kräfte ihm weiterhin ihren Dienst versagten, konnte der Verlorbene nach der Ablegung seines Pfarrregimens keine Pfarre selbständig übernehmen, sondern mußte erst versuchen, die verbrauchten Kräfte durch große Ruhe und Ausspannung wiederzuerlangen. Dorte er doch neben seiner ausgedehnten Seelsorgearbeit sich auch stets noch schriftstellerischen Arbeiten über die St. Schrift und die Geschichte seiner pfälzischen Heimat gewidmet; auch mancher Artikel in Paul Rekers „Werkstätten“ stammt aus seiner Feder. Mit Erlaubnis seines bischöflichen Ordinariates siedelte er im Frühjahr 1917 nach Schloß Scharfberg über und hoffte in dieser fast stilles, romantischen Stille und Bescheidenheit seine frühere Arbeitskraft bald wieder zu erlangen. Vier in dieser Einsamkeit lebte er ganz seiner schriftstellerischen Tätig, seit und einer echt priesterlichen Frömmigkeit. Zu besonderen Anlässen leistete er in der Pfarrkirche zu Weiksen den Pfarrgeistlichen bereitwillig Aushilfe. In den letzten Wochen jedoch nahmen seine Kräfte sehr rasch ab. Nach nur fünf-tägigem Krankenlager verschied er im Alter von 39 Jahren in großer Geduld und Ergebung eines erbanlichen Priester-todes, aber fern von seiner geliebten Mutter und seinen Geschwistern, an die wegen der strengen Postzensur in den besetzten Gebieten bis heute noch keine Nachricht von seinem Tode gelangen konnte. Am Dienstagvormittag hielten ihm seine Mitbrüder in der Schloßkapelle zu Stedeneichen das feierliche Totenopfer und bestatteten ihn darauf in aller Stille auf dem allen, malerisch gelegenen Martin-Friedhof in Weiksen.

Aus dem Bereiche des Herrn Bund.

Wie das Dresdner Redaktionsbureau des Vereins Sächsischer Zeitungsvorleger erfährt, wird jetzt die Tätigkeit eines jeden einzelnen Mitgliebers abhört durch den bevorstehenden Zusammentritt der sächsischen Volkskammer. Daneben werden die Ministerien dadurch sehr viel in Anspruch genommen, daß unzählige Eingaben mündlich und schriftlich vorgebracht werden, die überwiegend rein persönliche Angelegenheiten betreffen, schriftliche Eingaben oft soviel, daß es gar nicht möglich ist, in Zukunft auf alle Eingaben Antwort zu erteilen. Die Schwierigkeiten, die sich seit der Demobilisierung für das Kultusministerium ergeben haben, erklären sich auch daraus, daß ein großer Teil von ehemaligen Studierenden und Schülern höherer Unterrichtsanstalten, die jetzt aus dem Wehrdienst wieder zurückgeführt sind, nunmehr die Verpflichtung hat, das Studium fortzusetzen und zu vollenden. Bei der Regelung dieser Angelegenheiten, die mit den größtmöglichen Rücksichtnahme und Gewissenhaftigkeit angeleitet worden ist, ist es undenkbar, daß allen zum Vortrag gebrachten Einzelwünschen Rechnung getragen werden konnte, weil die Zeitabschnitte der Einberufung zum Wehrdienst und der Grad des Studiums und der Reife ein so verschiedenes ist, daß weder die Lehrkräfte noch die Mittel dazu eingereicht hätten, um bei jedem einzelnen der jungen Leute die Rücksicht, die sie erbeten haben, wälten zu lassen. Im Ministerium selbst ist mit Rücksicht auf die Wissenschaft und auf die Studierenden alles getan worden, was unter den gegebenen Verhältnissen auf diesem Gebiet zu tun möglich war, wie Abkürzung der Lehrgänge und das Zwischensemester der Universität. Die Frage der Trennung von Staat und Kirche ist in dem Entwurfe zu einer Reichsverfassung behandelt. Es ist, so meldet dasselbe Bureau, selbstverständlich, daß die sächsische Regierung die Vorbereitungen dazu treffen und daß die Volkskammer die Entscheidung über diese Frage haben wird.“ (Herr Bund hat allerdings auf diesem Gebiete schon tüchtig „vorgearbeitet“. D. Red.)

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden-J. Wie sehr die Seelsorge in unsern Großstädten erschwert ist, zeigt sich in der Tatsache, daß allein im Pfarrbezirk der Herz-Jesu-Kirche im Jahre 1918 nicht weniger als 804 kath. Glaubensgenossen als zugezogen bekannt wurden, darunter 301 Männer, 109 Frauen und 372 Mädchen, ganz abgesehen von den Kindern. Die meisten derselben dürften heute wohl schon nicht mehr an den im Vorjahr bezogenen Stellen wohnen. Mit der Arbeit wechseln sie den Wohnort und sind seelsorglich kaum zu fassen.

Chemnitz. Verein kath. Kaufleute und Beamter „Columbus“. Am Donnerstag, den 20. Februar, pünktlich abends 7 Uhr, findet im Hotel „Goldner Löwe“, Stolberger Straße, ein Begrüßungs- und Ehrenabend für unsere heimgekehrten Feldzugssteilnehmer statt. Die Stungen finden nunmehr wieder alle Donnerstage 1/2 8 Uhr in genannter Lokale statt. Sonntag vorm. 11 Uhr Frühstücken im Restaurant „Reichhof“, Kronenstraße.

Leipzig-Meuditz. Berichtung. Ein reiches Programm war unter Präal. Römer, seit mehr als zehn Jahren Schriftführerin des Vereins, vorbereitet worden. Vorsitzerin des Vereins ist seit 16 Jahren eine der Jubilarinnen.

Schwarzenberg. Kath. Männerverein. Sonntag, den 16. Februar, abends 6 Uhr Versammlung mit Vortrag im „Hilfeneller“.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptgeschäftsführer Paul Klein; für den Inseratenteil: Erwin Schön. — Druck und Verlag der „Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H.“ zu Dresden.

Gott in seinem unerforschlichen Ratschlusse hat es gefallen, meinen innig geliebten Mann, unseren herrnsguten Sohn und Bruder,

Herrn

Fabrikbesitzer Johann Ernst jun.

Inhaber des preußischen Kriegerverdienstkreuzes

Montag nacht im Alter von 40 Jahren nach wiederholtem Empfang der Tröstungen unserer hl. Religion in ein besseres Jenseits abgerufen.

Dies weigen im tiefsten Schmerze an

Lulse Ernst geb. Hesse, und seine Eltern Johann Ernst und Frau sowie Geschwister.

Löbau i. Sa., Hartmannstraße 9 den 10. Februar 1919.

Für Herren mit höherer Schulbildung

Sonderkursus in Buchführung, Korrespondenz, Offizial-, Buchh., u. Geschäftsbuchführung, Rechnungswesen, kaufm. Wissen. Dauer 3-4 Monate. Vertiefung in einzelnen Fächern ist zulässig. Eintritt u. Maschinenl. kann angeschlossen werden. Best. Sie den Preis. H.

N a c h w

Handels- und Sprachschule, Markt 15, Albertplatz 10 Fernsprecher 17187.

Dir. P. Ufert's

Tanz bevorz. seine bürgerl. u. kau'm. Kreise des 17. Februar abends 7 Uhr im Hotel „Der Johannisgarten“, Markt und am 18. Febr. 7 Uhr Carolagarten, Gerolstr. Anmeldungen erbeten das. und Wintergartenstr. 61.

Aufruf!

Zur Bildung einer Marine-Sicherheitskompanie werden entlassene Marine-Angehörige, die militärisch ausgebildet sind, gesucht.

Die M.-S.-Komp. hat besonders die Aufgabe, für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu wirken. Die Einstellung erfolgt zu denselben Bedingungen wie zu der bestehenden Sicherheitskompanie.

Wer sich in dem Dienst für Ordnung und Sicherheit betätigen will, melde sich persönlich mit Ausweispapieren im Schloß, Zimmer 22 (Volkswehr Abtl. Marine).

Sollnusausschuß d. ver. rev. A. u. S. A. Gr. Dresden
Wirtsh. Brand.

Jäger und Schützen! Das Vaterland ist in Not!

Meldet Euch sofort freiwillig beim

Freikorps Lützow

(Lützow's wilde, vorwegene Jagd).

Werbestelle: Dresden, „Spatenbräu“, Waisenhausstraße 18, Fernsprecher 19 091.

Kath. Verein erwerbst. Frauen u. Mädchen.

Am Montag den 10. Februar verschied im Friedrichstädter Krankenhaus nach kurzem schwerem Leiden, wohlversehen mit den hl. Sterbesakramenten, unser langjähriger treues Mitglied,

Fräulein

Hedwig Wolf

Die Beerdigung erfolgt Freitag nachm. den 14. Februar 4 Uhr von der Halle des äußeren kath. Friedhofes aus statt.

Um recht zahlreiches Ehrgeleit bittet
Der Vorstand.

Ueberführungen und Beerdigungen

Bernehmen in jeder gewünschten Ausführung auch aus allen Krankenhäusern Pflegeanstalten, Kliniken und Lazaretten die

Dresdner Beerdigungs-Anstalten

Pietät und Heimkehr

Am See 26 Bautzner Straße 37
Fernspr. 20157. Fernspr. 25091.

Ankünfte und Kostenanschläge unentgeltlich!

Kathol. Jünglingsverein Dresden-Joh.

Sonntag, den 16. Februar

im großen Saale des kath. Gesellenhauses, Külförstr. 4

Theaterabend

zu Ehren der heimgekehrten Krieger.

Eintrittspreis 54 Pfennige.

Dresdener Lehranstalt für Musik

Lehrer: Organist Paul Walle
Dresden - Bautzner Straße 21
Fachschule für alle Zweige der Tonkunst für Horn und Bass
Vorleser und Ausübungslehre (Violon., Violine, Geige) : Aufnahme von Musikern und Volksschülern für Klavier, Orgel, Horn, Trompete, Blockfl. und Klarinette, Gesang, Solos, Ensemble u. v. Theorie, Harmonik, Musikgeschichte, Musiklehre, Kirchenmusik : Schüler-Orchester und Choräle : Musikwissenschaftliche Vorleser, Kompositionsklassen, Solos-Vorleserlehre und Solos-Anführungen : Musik-Jahreskurse : Anmelde- u. wochentags 9-11 Uhr

Opern 14380
Tymianskalla Theater!
Lilien 5 u. 7
Südtor Str. 6
Nachm. 4 Uhr kl. Preise, Kind. Hälfte! Donnerst. Damenkafoe
Vorzugskarten Wochentags 4 Montag - Sonn. gültig

Es gilt eine vaterländische Tat!

Sachsens Interesse an Ein- und Ausfuhr ist derzeit groß und für unsere Zukunft so wichtig, daß auch wir uns rühren müssen!

Wir brauchen Rohstoffe!

Wir müssen unsere Fertigfabrikate im Auslande absetzen können. Dazu brauchen wir auch unsere Kolonten wieder.

Es muß bei den Friedensbedingungen unser Kolonialbesitz zurückgefordert werden!

Es muß auch voller Schadenersatz für unsere Kolonial- und Auslandsdeutschen verlangt werden, die ihr Hab und Gut draußen völlig verloren haben.

Der Reichsverband der Kolonialdeutschen

Ortsgruppe Dresden.

Geschäftsstelle: Hotel Stadt Gotha, Schloßstraße 11. Fernsprecher: 19097 Nebenstelle.

geg.: Winkler, Hauptmann a. D. der Schutztr. Dr. D. Mann.

Es schließen sich an:

- Krausold, Geh. Kommerzienrat, Bankier.
- Fran von Beck, Orgellen, Vorsitzende des Roten Kreuzes für die Krankenpflege in den Kolonien.
- Gredé, Prof., Dr., Geh. Hofrat.
- Frähdorf, Prof. d. Ostkrankenpflege Dresden, W. d. N.
- Gravelius, Prof., Dr., Vorsitzender des Rates Offizien der Deutschen Kolonialgesellschaft.
- Heinze, Dr., Gg., Staatsminister a. D., W. d. N.
- Hildeberg, Ing., Kommerzienrat.
- Hrl. v. Holleben, Stiftdame, Prof. d. Abt. Dresden d. Frauenbundes d. Deutschen Kolonialgesellschaft.
- Kaiser, Fritz, Dr., W. d. N.
- Karß, Dr., Syndikus der Handelskammer Dresden.

Kloßel, Hans, Leiter der öffentlichen Musikschule für Auswanderer (Kreis-Hauptmannschaft).

Kölsch, Dr., Oberkonfiskationsrat und Superintendent, W. d. N.

Rug von Ribba, Orgellen, General der Kavallerie, kommandierender General des XII. Armeekorps.

Rug von Ribba und von Falkenstein, Dr., Kreis-Hauptmann.

Schmann, Joh., Justizrat, Dresden.

Wäg. Joh., Dr., Syndikus.

Wriegel, Dr., Oberstleutnant.

Wiesel, Rob., Fabrikbesitzer, Bangebrück.

Wielcher, Walter, Dr., Orgellen, Wirtsh. Geh. Rat, Dresden.

Schmidt, C., Dr., Geh. Schulrat.

Steinbüchel, Dr. med., Weißer Hirsch.

Unterzeichnet deshalb die im Umlauf befindlichen Protestlisten! Werbet für Unterschriften!

(Formulare in unserer Geschäftsstelle zu haben.)

Sendet alle ausgefüllten Protestlisten sofort an unsere Geschäftsstelle

Hotel Stadt Gotha, Schloßstraße 11.

Freiwillige Beiträge zur Durchführung unserer vaterländischen Aufgabe nimmt das Bankhaus Gebrüder Krausold, Dresden, Waisenhausstraße 20, entgegen.



Dresden - A., Waisenhausstraße 22.

Die Krone von Palma

Ein Abenteuer des berühmten Detektivs Jon Deobs in 4 Akten
In der Hauptrolle Heinrich Schroth

Elli und Nelli

Eine Burleske in 3 Akten
In der Hauptrolle Wanda Treumann

Vorführungsszeiten:
Wochentags von 4-10 Uhr
Sonntags von 5-10 Uhr



Fernsprecher 17387.